



Antrag **- öffentlich -**

Beratungsfolge:

Drucksachen-Nr.: 2023/240/31

Ausschuss für nachhaltige Stadtentwicklung und
Feuerschutz

am 21.11.2023 TOP:

Verwaltungsausschuss

am 19.12.2023 TOP:

Rat der Stadt Laatzten

am 19.12.2023 TOP:

06.11.2023

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024

- Klimaschutz erfordert sofortiges Handeln - PV-Offensive nicht auf die lange Bank schieben

- Antrag der Gruppe SPD-Grüne im Rat

Antrag:

Der Bürgermeister wird aufgefordert,

- unverzüglich mit der Umsetzung von Antrag 2022/222/33 zu beginnen,
- sehr zeitnah das eingeforderte Konzept vorzulegen,
- die Angaben zum Denkmalschutz an die neue Rechtslage anzupassen (§ 7 Abs. 2 Nds. Denkmalschutzgesetz),
- die bereits 2024 zu bindenden Mittel in den Haushalt 2024 einzustellen,
- die Kennzahlen im wesentlichen Produkt Nachhaltigkeit um die Kennzahl „Auf Liegenschaften der Stadt Laatzten und ihrer Beteiligungen installierte PV-Leistung in kWp“ zu ergänzen,
- zeitnah den Rat zu informieren,
 - welcher Anteil der möglichen kWp auf öffentlichen Dächern laut Solarpotenzialanalyse auf eigene Gebäude (einschl. der Beteiligungen) entfällt,
 - ob die Stadt die Unterstützung der Region Hannover in Anspruch nimmt und wenn nein, warum nicht.

Begründung:

Photovoltaik auf kommunalen Liegenschaften war bereits ein Kernthema des Klimaschutzkonzepts der Stadt Laatzen von 2013. 2019 hat der Rat beschlossen, dass Maßnahmen zum Klimaschutz höchste Priorität haben und schnellstmöglich umzusetzen sind (2019/306). 2021 hat der ehemalige Klimaschutzmanager empfohlen, alle geeigneten Dächer von Bestandsgebäuden (zusätzlich zu Neubauten) mit PV-Anlagen auszustatten (2021/034). Im Jahr 2022 hat die Stadt mit der Solarpotenzialanalyse die konzeptionelle Grundlage bekommen, um die geeigneten Dächer zu ermitteln.

Die Stadt würde damit nachvollziehen, was die Region Hannover (drei neue Anlagen allein in 2023!), die Landeshauptstadt Hannover, das Land Niedersachsen und viele weitere Gebietskörperschaften in Deutschland vormachen. Laut Präsentation im Ausschuss für nachhaltige Stadtentwicklung und Feuerschutz liegt das Potenzial auf öffentlichen Dachflächen bei über 19.000 kWp. Gemäß den Angaben in Drucksache 2022/90/1 liegt die installierte Leistung auf städtischen Gebäuden aktuell bei etwa 500 kWp. Das Steigerungspotenzial ist trotz der unterschiedlichen Bemessungsgrundlage offensichtlich.

Allein das relativ kleine Stadthaus könnte nach Solarkataster der Region Hannover mit einer PV-Anlage von etwa 40 kWp ausgestattet, die vor dem Hintergrund der aktuellen Förderbedingungen und Strompreise mit Sicherheit wirtschaftlich betrieben werden könnte.

Der Rat der Stadt Laatzen hat mit Beschluss vom 21.12.2022 (2022/222/33) die Verwaltung unter anderem aufgefordert, bis zum 28.02.2023 über die geeigneten Gebäude zu berichten und bis zum 30.06.2023 einen Zeitplan zur Belegung dieser Flächen vorzulegen.

Diesem Beschluss ist die Verwaltung bisher allenfalls in Ansätzen nachgekommen. Stattdessen ist nunmehr im Protokoll der Sitzung vom 04.09.2023 davon die Rede, dass das Thema im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung bearbeitet werden soll, obwohl es allenfalls einen geringen Zusammenhang zwischen diesen beiden Themen gibt.

Damit wird das Ziel des Antrags „auf die lange Bank zu geschoben“, der Stellungnahme der Verwaltung selbst vom 23.11.2022 (2022/222/34) diametral widersprochen, die Dringlichkeit des Klimaschutzes negiert und der Wille des Rates konterkariert.

Die Regionsversammlung hat am 04.07.2023 das „Unterstützungsmodell PV“ (Vorlage 1929 (V) BDs) verabschiedet, das vorsieht, dass Regionalkommunen bei der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften bis zur Entwurfsplanung unterstützt werden. Dies wird es die für Stadt Laatzen perspektivisch noch einfacher machen, sehr zeitnah tatsächlichen Klimaschutz zu leisten. Daher wird die Stadt mit diesem Antrag aufgefordert, die einfachste Klimaschutzmaßnahme, die eine Kommune ergreifen kann, endlich umzusetzen.

Ulrich Haarmann